

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2025 der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Es gilt das gesprochene Wort.



Für die AfD-Fraktion

Chris Hegel

Erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sitzung des Kreistages – Aalen, den 26. November 2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
geehrte Kollegen Kreisräte, verehrte Mitbürger und anwesende Gäste,

bei einer defizitären Haushaltsplanung mit einer geplanten Verschuldung von 100 Millionen Euro zum Ende des nächsten Jahres müssen alle Alarmglocken läuten. Viele Bürger schauen, mit Blick auf die Finanzlage in Bund und Land, aber auch auf kommunaler Ebene, sorgenvoll in die Zukunft. Die politischen Verantwortlichen zeigen zunehmend ihre Überforderung. Dies wirft die Frage auf, ob es uns in absehbarer Zeit gelingt, die Stabilität, die unser Volk und unser Land so dringend braucht, zu schaffen. Wagt man einen Blick auf die Verhältnisse in Bund und Land, die mittelfristige Finanzplanung des Landkreises und die allseits öffentlich verkündeten politischen Ziele kann man diese Frage auch für den Ostalbkreis derzeit nur mit „Nein“ beantworten.

Dabei hat der Landkreis sicherlich kein Einnahmenproblem, schließlich rechnet er im kommenden Jahr mit Erträgen, die die Vorjahre noch übertreffen. Allerdings stehen diesen Erträgen gravierend steigende Ausgaben gegenüber. Vor allem die Kosten der millionenfachen Migration, die Inflation und auch die damit verbundenen Personalkostensteigerungen, die wohlstandsgefährdende Klima- und Energiepolitik und die aufgeblähten und oftmals nicht nachvollziehbaren Leistungen der Sozialgesetzbücher belasten unser Land, belasten den Ostalbkreis, schwer.

Dabei wird allzu oft derjenige vergessen, der die Zeche zahlt: der Steuerzahler. Jene Leute also, die häufig von den Leistungen, welche mit ihrem Geld bezahlt werden, keinen Nutzen haben. Zu Recht fragen sich viele Menschen daher mittlerweile, was die Politik im Gegenzug eigentlich für sie tut. Sie fragen sich auch, ob sich Arbeit hierzulande noch lohnt und stellen bei Berechnung des Bürgergeldsatzes oftmals fest, dass dem offenbar nicht so ist. Und als wäre dies nicht schon dramatisch genug, werden die Steuern und Abgaben immer weiter erhöht, obwohl der Bürger schon aus dem umgangssprachlichen letzten Loch pfeift. Zuletzt konnte man dieses schämliche Schauspiel bei der Erhöhung der Müllgebühren im Ostalbkreis beobachten.

Die zwei Ideologieprojekte Klima und Migration sind dabei mit die größten Kostentreiber. Selbstverständlich sind hier die Entscheidungsträger aus Bund und Land maßgeblich für deren Ausgestaltung und die damit verbundenen Kosten verantwortlich. Aber auch die Landkreisverwaltung trägt ihren unrühmlichen Anteil, weshalb es sich lohnt, beide Themen hier näher zu beleuchten.

Auch der Ostalbkreis hat sich bis 2035 respektive 2040 der „klimaneutralen“ Verwaltung verschrieben. Zur Umsetzung dieses unerreichbaren Unsinnprojekts werden auch hier Personal- und Finanzmittel gebunden. Die AfD-Fraktion weiß jedoch, dass sich das Klima wandelt, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen. Ein nennenswerter Einfluss von Kohlendioxid auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der Ostalbkreis wird nicht das Weltklima retten. Er sollte daher alle dahingehend gerichtete Bestrebungen einstellen, da diese eine Bedrohung und Gefahr für unsere heimische Wirtschaft darstellen. Wir sehen die Auswüchse dieser wirtschaftsfeindlichen Klima- und Energiepolitik, die unserem Land mit die höchsten Energiepreise weltweit beschert hat, auch bei uns in der Region. Unsere Industrie ist bedroht. Wir haben in diesem Jahr die Insolvenz von Mürdter aus Mutlangen erlebt. Die Varta aus Ellwangen und Kiener aus Lauchheim mussten durch auswärtige Investoren „gerettet“ werden und jüngst hat auch Bosch AS in Schwäbisch Gmünd massiven Stellenabbau verkündet. Dazu kommen viele kleine Unternehmen, Betriebe und Selbstständige, deren Existenz ebenfalls gefährdet ist. Wenn uns hier eine Umkehr nicht gelingt, wird die Liste der insolventen oder abgewanderten Unternehmen und Betriebe jedes Jahr weiter anwachsen. Zurück bleiben dann verlorene Arbeitsplätze und zerschlagene Existenzen. Diese Feststellungen finden unter anderem Ausdruck in unserem Antrag zur Schließung beziehungsweise Reduzierung der Abteilung 01 „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ im Dezernat 4 auf das gesetzliche Mindestmaß. Sagen wir gemeinsam der Klima-Hysterie den Kampf an und kehren zurück zu Rationalität und Vernunft.

Weiter belastet die millionenfache Migration, die bis heute weiter anhält, den Landkreis schwer. Die Kosten steigen immer weiter an. Hierbei ist es auch nur vordergründig relevant, ob Leistungen teilweise durch Bund oder Land getragen werden. Wie eingangs ausgeführt, handelt es sich hier um Steuergeld, das dann eben an anderer Stelle fehlt. Hierbei macht es für den Bürger keinen Unterschied, ob nun im Haushalt des Bundes, des Landes, des Landkreises oder der Kommune. Immer wieder wird uns von Vertretern der Altparteien vorgehalten, dass man die Zuwanderung aufgrund der Demografie und des Fachkräftemangels benötige. Dabei wissen wir längst, dass die überwiegende Mehrheit der Neuankömmlinge seit 2015 nur geringfügig qualifiziert ist und häufig nicht einmal über einen Grundschulabschluss verfügt. Diese Menschen entlasten das Land nicht, sondern belasten unsere

Kassen und verstärken sogar noch den Bedarf an Fachkräften. Mit der Migration geht zudem unter anderem die Erosion der öffentlichen Sicherheit und eine ernstzunehmende Bedrohung des sozialen Friedens einher. Während ich hier heute spreche, gab es – statistisch gesehen – deutschlandweit 42 Messerangriffe, davon 8 in Baden-Württemberg. Zudem verübten Migranten am heutigen Tag 25 Sexualdelikte, 2 Frauen wurden Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Der ein oder andere mag diese Zahlen leichtfertig abtun oder gar als neue Normalität akzeptieren. Doch hinter jeder Zahl steht ein Schicksal. Es sind auch die Schicksale der Menschen hier im Landkreis, wie etwa das des 18-jährigen jungen Mannes, der in diesem Jahr auf dem Stadtfest in Schwäbisch Gmünd von einer Gruppe Migranten, welche zuvor noch gemeinsam die Handhabung mit dem Messer übten, niedergestochen wurde. Er hatte Glück im Unglück, es befanden sich Rettungskräfte in der Nähe, die sein Überleben sichern konnten. Nicht alle teilen dieses Glück, die Liste der Opfer ist lang und wächst von Tag zu Tag weiter an. Für die AfD-Fraktion ist daher klar, dass es hier kein „Weiter so“ geben darf. Wir brauchen die Wende in der Migrationspolitik. Dieser Forderung müssen sich alle politischen Ebenen verpflichten. Der Landkreis darf nicht müde werden, diese Forderung gegenüber den Entscheidungsträgern aus Berlin und Stuttgart zu formulieren. Bis dahin will die AfD-Fraktion bereits jetzt das maximal mögliche auf kommunaler Ebene tun. Unser Antrag sieht vor, alle freiwilligen Leistungen in den Bereichen Asyl, Migration und Integration, welche durch den Landkreis erbracht oder finanziell unterstützt werden, zu identifizieren und ersatzlos zu streichen. Sie können sich überdies sicher sein, dass wir weitere Anträge zu diesen Themenfeldern zeitnah im neuen Jahr einbringen werden.

Für die AfD-Fraktion sind eine Steigerung des Schuldenstandes und unausgeglichene Haushaltspläne nicht tragbar. Insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen muss daher der dortige Handlungsspielraum genutzt werden. Eine große Einsparmöglichkeit hat die AfD-Fraktion im Bereich der Schulsozialarbeit identifiziert und einen entsprechenden Antrag zu deren Neuevaluierung im Ostalbkreis vorgelegt. Diese ist dringend notwendig, denn die Schulsozialarbeit – welche nun bereits in den Grundschulen eingesetzt wird – ist untaugliche Symptombekämpfung einer linken Politik. Die sozialen Probleme, welche angeblich durch Schulsozialarbeit behoben werden sollen, sind erst durch andere politische Fehlentscheidungen, unter anderem der Massenmigration und der Inklusion, entstanden. Als Problemlöser wird dann der Schulsozialarbeiter präsentiert, welcher aber gar kein Interesse daran hat, die sozialen Probleme wirklich zu benennen oder zu lösen, da er dann seine Daseinsberechtigung verliert. Ob Schulsozialarbeit überhaupt eine

positive Auswirkung hat, ist schwer beweisbar und zumindest umstritten. Dazu kommt, dass die Schulen immer weiter mit Aufgaben, welche nicht in ihre originäre Zuständigkeit fallen, belastet werden. Um es klar zu sagen: Die Schulen sind zur Ausbildung der Kinder und Jugendlichen da, nicht zu deren Erziehung, hierfür gibt es die Eltern. Die Schulsozialarbeit soll daher - folgt man unserem Antrag - an allen Schulen eingestellt werden beziehungsweise nur noch punktuell an absoluten Brennpunkten zum Einsatz kommen.

An dieser Stelle möchte ich im Namen der AfD-Fraktion ausdrücklich die jüngst von Ihnen Herr Landrat und Ihrer Verwaltung vorgenommenen Kürzungen honorieren. Sie haben - ohne es zu wissen - bei ihren jüngsten Anpassungen AfD-Forderungen für sich entdeckt.

So nahmen Sie eine Kürzung der Förderung von Projekten in Entwicklungsländern vor. Wir begrüßen dies ausdrücklich, schließlich ist diese Förderung bei einem Defizit von 18 Millionen Euro in keiner Weise tragbar. Unser weitergehender Antrag sieht daher die vollständige und ersatzlose Streichung der Förderung vor.

Weiter wollen Sie die Zuschüsse an die nicht staatlichen Erziehungsberatungsstellen im Ostalbkreis senken. Die AfD-Fraktion spricht sich klar für die maßvolle und zielorientierte Bereitstellung von Unterstützungsangeboten in schwierigen Lebenslagen aus. Von uns wird kein Deutscher im Stich gelassen. Die vorgenannten Einrichtungen werden allerdings seitens kirchlicher Stiftungen und Vereinigungen betrieben. Die Kirchen erhalten, neben der Kirchensteuer, bereits staatliche Zuwendungen in Höhe von etwa 600 Millionen Euro pro Jahr. Wir sehen daher hier die Kirchen in der Pflicht, die Ausstattung und Gestaltung der Angebote vorzunehmen. Wir haben daher hier ebenfalls die vollständige Streichung der Zuschüsse beantragt.

Auch beim Kreisjugendring haben Sie eine Senkung des Budgets um 20 Tausend Euro vorgeschlagen. Hierfür haben Sie unsere volle Zustimmung, schließlich haben wir selbst die Senkung des Budgets um 150 Tausend Euro als Antrag eingebracht. Solange der Kreisjugendring sich an der politischen Neutralität vergeht und versucht, die Jüngsten der Gesellschaft mit Veranstaltungen wie „Kicken gegen Rechts“ zu indoktrinieren, darf er auch nicht mit üppigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wir begrüßen außerdem Ihre Haltung zu den Leistungen der Sozialgesetzbücher. Es ist völlig richtig, dass die Entscheidungsträger in

Berlin und Stuttgart hier wieder einmal nicht an die Finanzierbarkeit oder Sozialverträglichkeit gedacht haben. Allein dem Ostalbkreis entstehen durch das Bundesteilhabegesetz Kosten in Höhe von über 100 Millionen Euro. Das ist für die Landkreise nicht tragbar, weshalb die AfD-Fraktion auch Ihre Überlegung, die Rahmenverträge aufzukündigen, für den richtigen Weg hält. Sicher wird die AfD landesweit ein solches Vorhaben unterstützen. Wir mussten hingegen schmunzeln, als wir gelesen haben, dass der Landkreis die Schuldnerberatung reduzieren möchte. Wir können uns diesem Vorschlag anschließen, hoffen aber gleichzeitig, dass noch ausreichend Kapazitäten vorhanden sind, damit die Landkreisverwaltung selbst dieses Angebot noch reichlich in Anspruch nehmen kann.

Wir haben auch Verständnis für die geplanten Einsparungen im Bereich des Straßenbaus, möchten aber gleichzeitig warnen, da diese Einsparungen dem Landkreis langfristig schaden. Auffällig ist hier außerdem, dass sich im Zeitraum von 2023 bis 2029 rund 5000 Straßenkilometer im Bau befinden, geplant oder saniert werden. Dagegen sind im gleichen Zeitraum fast 27 000 Kilometer Radweg im Bau oder in Planung. Die geplanten Gesamtkosten für diese Radwege liegen bei etwa 28 Millionen Euro, für die Baumaßnahmen an Straßen werden nicht einmal 5 Millionen Euro fällig. Wir haben daher beantragt, insbesondere gering frequentierte Radwege und Radwege parallel zu wenig befahrenen Straßen einzusparen.

Die AfD-Fraktion hat sich mit weiteren Anträgen konstruktiv in die Haushaltsdebatte eingebracht. Ich darf kurz auf den Antrag zur Schließung der Kontaktstelle Frau und Beruf, welche bei der in Deutschland herrschenden Gleichberechtigung von Mann und Frau diskriminierend ist oder der Schließung des Europabüros, welches zu fragwürdiger Verbreitung von EU-Propaganda verwendet wird, verweisen. Mit unserem Antrag zur teilweisen Vermietung des zweiten Verwaltungsstandorts auf dem Union-Areal und dem Ausbau der Heimarbeit wollen wir zudem eine zusätzliche Einnahmequelle für den Landkreis schaffen und aus diesem für uns nicht nachvollziehbaren Bauprojekt, welches nun leider nicht mehr gestoppt werden kann, noch das beste Ergebnis für die Bürger des Kreises herauszuholen.

Abschließend ist es meiner Fraktion und mir ein Anliegen auf die Themen Meinungsfreiheit, Transparenz und Volksnähe einzugehen. Immer mehr Menschen berichten uns, dass sie zwei Meinungen haben. Die „echte“ Meinung, welche nur noch im privaten Kreis unter Vertrauten geäußert wird und die Meinung für die Öffentlichkeit. Solche Entwicklungen sind nicht

verwunderlich, wenn Vertreter der Altparteien ständig Mauern errichten und den instrumentalisierten Inlandsgeheimdienst, sowie das Schwert des Parteiverbotsverfahrens gegen die größte demokratische Oppositionspartei des Landes in Stellung bringen. Oder aber wenn ein grüner Möchtegern-Kanzler vom Küchentisch aus die Justiz missbraucht, um gegen hunderte Bürger Strafanzeigen zu erstatten. Immer wieder erleben wir, dass Transparenz und Volksnähe zwei dem politischen Betrieb weitgehend fremde Begriffe sind. Auch im Ostalbkreis hat sich jüngst bei der Klinikdebatte ein entsprechender Mangel gezeigt. Eine Vielzahl an Kreisräten hier im Gremium forderte eine geheime Abstimmung. Man wollte sich schlicht der eigenen Verantwortung entziehen und dem Bürger keine Rechenschaft ablegen. Die Krönung dieses unwürdigen Schauspiels war der Versuch der Landkreisverwaltung, das von der Presse gefertigte Bild vom Abstimmungsergebnis unter dem rechtlich unsinnigen Verweis auf das Hausrecht zu unterdrücken. Für die AfD-Fraktion ist klar, dass die Bürger ein Recht haben zu wissen, wie ihre Vertreter abstimmen. Wer sich in ein öffentliches Gremium wie den Kreistag wählen lässt, um dort den Bürger zu vertreten, der darf sich für seine Entscheidungen nicht verstecken. Wir haben deshalb einen Antrag zur Übertragung von Kreistagssitzungen per Livestream, sowie deren Archivierung in einer Mediathek eingebracht. Ein weiterer Grund für diesen Antrag ist es, allen Bürgern, also insbesondere auch solchen, welche aufgrund von Krankheit, Behinderung, beruflichen oder familiären Verpflichtungen nicht den Sitzungen beiwohnen können, größtmögliche Teilhabe an den demokratischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Da der Sitzungssaal ohnehin aufgerüstet wird, können die technischen Voraussetzungen hierfür mit einem kleinen vierstelligen Betrag geschaffen werden. Wer für Werte wie Transparenz und Volksnähe einsteht, der stimmt unserem Antrag zu. Der einzig nachvollziehbare Kritikpunkt, das Schaffen neuer, wenn auch geringer Kosten, bei der derzeitigen Haushaltslage haben wir selbstverständlich bereits bedacht und einen Antrag zur Gegenfinanzierung eingebracht. Nachdem wir durch die Livestreams die direkte Teilhabe und größtmögliche Öffentlichkeit herstellen, haben wir beantragt, bei den Ausgaben der Landkreisverwaltung im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine moderate Reduzierung vorzunehmen.

Ich möchte ein abschließendes Fazit ziehen:

Viele der Fehlentwicklungen sind sicherlich nicht auf der Ebene des Landkreises angestoßen worden. Dennoch legt die Landkreisverwaltung nun einen unausgeglichene Haushaltsplan vor und plant mit erheblichen Schulden. Dabei sind bereits im jetzigen Haushaltsentwurf Zuwendungen

eingepplant, welche nur das Papier befriedigen, letztendlich aber voraussichtlich nicht ausbezahlt werden. Das tatsächliche Defizit beziehungsweise die tatsächliche Verschuldung wird daher zum Ende des nächsten Jahres noch höher ausfallen, weitere Kosten für unvorhergesehene Posten nicht einberechnet. Zudem rechnet die Landkreisverwaltung mit erheblichen positiven finanziellen Effekten durch die geplanten Maßnahmen im Bereich der Kliniken. Wir teilen diese Einschätzung nicht, sondern befürchten vielmehr, dass am Ende nicht nur die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Ostalbkreis leidet, sondern auch das Defizit weiter steigt. Mit Blick auf die Finanzlage in Bund, Land und Landkreis drängt sich ferner die Frage auf, ob das Projekt Regionalversorger am Ende tatsächlich realisiert werden kann. Auch auf die Städte und Gemeinden wirkt sich die Finanzlage, mit Erhöhung der Kreisumlage um 5,15 Prozentpunkte, erheblich aus. Den Städten und Gemeinden wird der eigene Handlungsspielraum weiter eingeschränkt und der Ostalbkreis darf sich mit einer der höchsten Kreisumlagen in Baden-Württemberg „rühmen“. Hier besteht dann auch die Gefahr, dass die Kommunen wiederum ihre, häufig ebenfalls defizitären, Haushalte durch Steuererhöhungen, zum Beispiel bei der Grundsteuer, sanieren und somit am Ende der Bürger gleich doppelt der Gelackmeierte ist. Es braucht jetzt zum einen ein klares, öffentliches Signal in Richtung der Bundes- und Landespolitik: Wir können das alles nicht mehr, wir wollen das alles nicht mehr, genug ist genug. Zum anderen müssen alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Hierfür braucht es auch einen offenen Umgang mit den Problemen. Viele von Ihnen sehen die Ursachen dieser katastrophalen Finanzlage jeden Tag. Und vielleicht sprechen sie die Probleme auch einmal an, doch dann meist nur hinter verschlossenen Türen und hinter vorgehaltener Hand. Und solange sich hier nichts ändert, solange den Menschen in Deutschland eine links-grüne Politik aufgezwungen wird, solange wird sich auch die Finanzlage im Landkreis und den Kommunen nicht verbessern.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unseren Anträgen und wünschen Ihnen und uns einen erfolgreichen Verlauf der Haushaltsplanungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.